Heiko Maas (SPD), die Rechte der Verbraucher zu stärken, scheint erlahmt. Seine Idee einer Schlichtungsstelle für Neuwagenkäufer hat er den Unterlagen zufolge begraben. Für Sammelklagen liegt noch kein Gesetzentwurf vor. Im Verbraucher-Ausschuss wurde die VW-Abgasaffäre immer wieder vertagt oder abgesetzt. „Die Bundesregierung lässt die betroffenen Verbraucher im Regen stehen“, kritisiert Künast, „sie muss jetzt endlich Klarheit schaffen, wann Kunden von ihrem Kaufvertrag zurücktreten können.“ sve

Prozesse

Neuer Justizärger für Gina-Lisa Lohfink

Einer der beiden Männer, die Gina-Lisa Lohfink der Vergewaltigung beschuldigt hatte, hat das Model auf Unterlassung verklagt. Sebastian Castillo Pinto ließ seinen Anwalt die Klageschrift am Donnerstag beim Landgericht Berlin einreichen. Folgen die Richter dem Antrag, droht Lohfink ein Ordnungsgeld von bis zu 250 000 Euro, wenn sie weiter behauptet, Castillo Pinto habe sie vergewaltigt und ihr K.-o.-Tropfen verabreicht. Im August war Lohfink bereits wegen falscher Verdächtigung in erster Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Castillo Pintos Anwalt Christian Gerlach begründet die Klage damit, Lohfink habe „die Vorwürfe auch nach dem Urteil in den Medien verbreitet“. sms

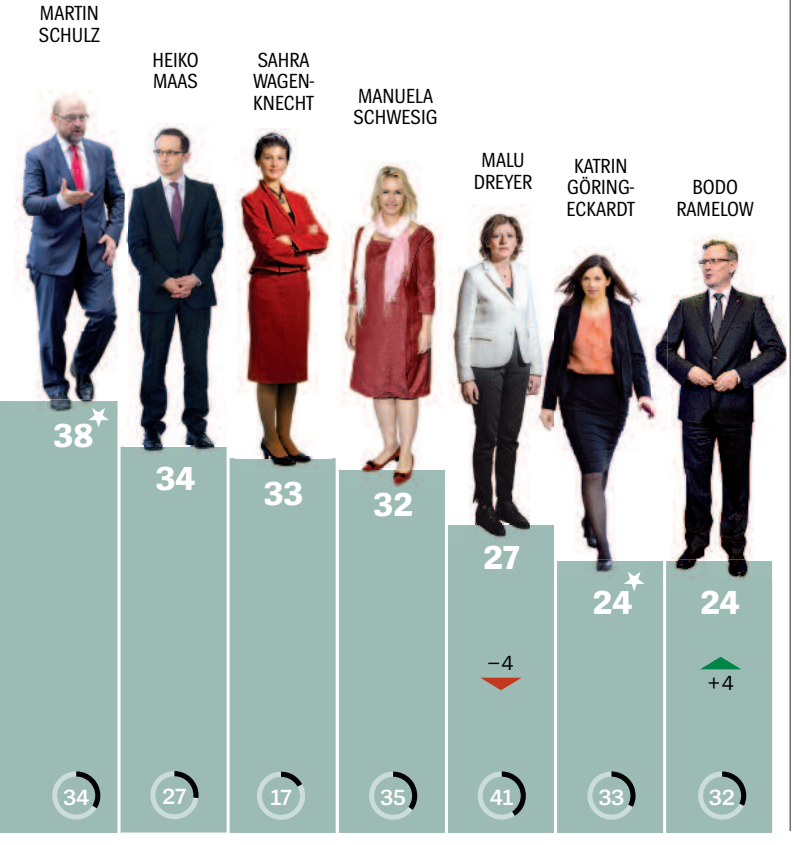
Lohfink

ANDREAS ARNOLD / PICTURE ALLIANCE / DPA

Umfrage

Özdemir populärer als Kretschmann

Die Grünen haben die Urwahl ihres Spitzenduos für die Bundestagswahl 2017 gestartet, Cem Özdemir ist einer der Kandidaten. Auf der SPIEGEL-Politikertreppe landet er überraschend vor seinem Parteifreund Winfried Kretschmann auf Platz acht; er ist so beliebt wie Thomas de Maizière und Horst Seehofer, der von seinem Anti-Merkel-Kurs zu profitieren scheint. Die Umfragewerte der Kanzlerin, die zuletzt kräftig gesunken waren, haben sich derweil stabilisiert.



Gesundheit

Widerstand gegen Dementen-Studien

Im Deutschen Bundestag wachsen Zweifel an den Plänen der Großen Koalition, Arzneimittelstudien an Demenzkranken zu erleichtern. Die Abstimmung, die ursprünglich für diese Woche angekündigt war, wird nun voraussichtlich erst im November stattfinden. Zuvor soll am 19. Oktober noch eine öffentliche Anhörung stattfinden. Mit diesem Beschluss reagierte der Gesundheitsausschuss in einer internen Sitzung am Mittwoch auf ein parteiübergreifendes Beschwerdeschreiben. Die Abgeordneten Ulla Schmidt (SPD), Uwe Schummer (CDU), Kordula Schulz-Asche (Grüne) und Kathrin Vogler (Linke) beklagen darin „erheblichen Diskussionsbedarf und offene Fragestellungen“. Sie fordern in einem eigenen Antrag, an der geltenden Rechtslage festzuhalten. Bisher dürfen Menschen, die ihren Willen nicht mehr zweifelsfrei bekunden können, nur dann als Testperson an klinischen Studien teilnehmen, wenn sie selbst dadurch auf Besserung hoffen dürfen. Dieser „individuelle Nutzen“ soll künftig keine Voraussetzung mehr sein. cos

CDU

Letzte Chance für Kudla

Die sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla soll bei der nächsten Verfehlung aus der Fraktion ausgeschlossen werden. Das habe man in der Fraktionsführung vereinbart, sagt ein hochrangiger CDU-Politiker. „Sie hat keinen Schuss mehr frei.“ Kudla hatte in einem Tweet zur Flüchtlingskrise in NS-Diktion von der „Umvolkung Deutschlands“ geschrieben. Die Abgeordnete hatte den Tweet nach massiver Kritik aus den eigenen Reihen zwar gelöscht, sich aber auch in fraktionsinternen Gesprächen für den Begriff nicht ausdrücklich entschuldigt. In der Unionsspitze hofft man, dass Kudla auf einem Wahlkongress am 22. Oktober nicht wieder als Leipziger CDU-Kandidatin für die Bundestagswahl nominiert wird. Man habe sie auch deshalb nicht aus der Fraktion ausgeschlossen, weil man fürchte, sie könne sich dann der AfD anschließen, sagt ein Führungsmitglied der Fraktion: „Eine AfD-Rednerin im Bundestag ist das Letzte, was wir jetzt brauchen.“ ran